

TERMINES

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze und Verordnungen (laufende und geplante Verfahren)

Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsegesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher und sozialrechtlicher Gesetze

- zustimmungsfrei – bes. eilbedürftig -

- Von den bereitgestellten 4,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden kurzfristig 2,5 Mrd. Euro pauschal über das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) an alle Krankenhäuser verteilt
- Regelungen zur verpflichtenden Energieberatung für Krankenhäuser sowie für voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen werden präzisiert

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
05.04.2023	Kabinettsbeschluss

Gesetz zur Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung, zu Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften

(Pflegestudiumstärkungsgesetz – PflStudStG)

- zustimmungspflichtig -

- Pflegestudium wird als duales Studium ausgestaltet: Finanzierung des praktischen Teils und der Vergütung für Studierende für das gesamte Studium über das bestehende Finanzierungssystem der beruflichen Pflegeausbildung (Ausgleichsfonds in den Ländern)
- Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte werden weiter vereinheitlicht und vereinfacht

24.05.2023	Kabinettsbeschluss
05.04.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege

(Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG)

- zustimmungsfrei -

- Beitragssatz für die Pflegeversicherung wird zum 01.07.2023 von 3,05 auf 3,4 Prozent erhöht – ergänzend steigt der Zuschlag für kinderlose Versicherte von 0,35 auf 0,6 Prozent
- Einführung gestaffelter Beitragssätze für Eltern (Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils)
- Weitere Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige
- Verpflichtende Anbindung aller Pflegeeinrichtungen an TI und ePA ab 01.07.2025

vsl. 16.06.2023	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 25. oder 26.05.2023	2./3. Lesung Bundestag
12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
10.05.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
27.04.2023	1. Lesung Bundestag
05.04.2023	Kabinettsbeschluss
24.03.2023	Neue Fassung Referentenentwurf
17.03.2023	Neue Fassung Referentenentwurf
20.02.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln

(Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)

- zustimmungsfrei - bes. eilbedürftig -

- Einführung eines Frühwarnsystems, um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen und zu verhindern
- Vorgaben für Lagerverpflichtungen für rabattierte Arzneimittel
- Erhöhung der Verfügbarkeit von versorgungskritischen Arzneimitteln durch gezielte finanzielle Impulse und Änderungen im Festbetragssystem
- Anpassung der Preisgestaltung und Rabattvertragsverbot bei Kinderarzneimitteln und Schaffung von Anreizen, um die Wirkstoffproduktion (von Antibiotika) wieder nach Europa zu verlagern
- Konkretisierungen beim Kombinationsabschlag
- Klarstellung zur Zusatznutzenbewertung bei „therapeutischen Solisten“

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 07.07.2023	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 22. oder 23.06.2023	2./3. Lesung Bundestag
vsl. 14.06.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
vsl. 24. oder 25.05.2023	1. Lesung Bundestag
12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
05.04.2023	Kabinettsbeschluss
14.02.2023	Referentenentwurf
16.12.2022	Eckpunkte

EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistzenzen

26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen
------------	---

Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Stiftung Unabhängige

Patientenberatung Deutschland

- zustimmungsfrei -

- UPD wird im Rahmen einer Stiftung bürgerlichen Rechts neu strukturiert und verstetigt
- GKV-Spitzenverband errichtet die Stiftung und finanziert diese – ab 01.01.2024 jährlicher Zuschuss von 15 Mio. Euro; PKV kann sich anteilig in Höhe von 7 Prozent an den Kosten der Finanzierung beteiligen

- Aussetzung der Budgets in der allgemeinen ambulanten Kinder- und Jugendmedizin sowie der Schwerpunktebereiche der Kinder- und Jugendmedizin; vollständige Ausbudgetierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
31.03.2023	2. Durchgang Bundesrat
16.03.2023	2./3. Lesung Bundestag
01.03.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
10.02.2023	1. Durchgang Bundesrat
26.01.2023	1. Lesung Bundestag
21.12.2022	Kabinettsbeschluss
17.10.2022	Referentenentwurf

Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz – KWG)

- zustimmungspflichtig -

- Verbot von an Kinder gerichteter Werbung oder Sponsoring für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
14.02.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

24.05.2023	Kabinettsbeschluss
20.01.2023	Referentenentwurf

Cannabis-Legalisierung

- In einem ersten Schritt sollen der Anbau in nicht-gewinnorientierten Vereinigungen und der private Eigenanbau bundesweit ermöglicht werden
- Die Abgabe in Fachgeschäften wird in einem zweiten Schritt als wissenschaftlich konzipiertes, regional begrenztes und befristetes Modellvorhaben umgesetzt

12.04.2023	Neue Eckpunkte der Bundesregierung
25.10.2022	Eckpunkte der Bundesregierung